

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Antragsbuch

5. November 2022
Döbeln

**Freie
Demokraten**

FDP SACHSEN

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 2

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	
L001	“Für eine Politik in Sachsen, die rechnen kann” Landesvorstand
Sachantrag	
S001	Fairness und Repräsentativität sicherstellen – d’Hondt Verfahren ersetzen Jungliberale Aktion Sachsen
S002	Elektronische Zahlung flächendeckend verpflichtend einführen LFA Haushalt und Finanzen
S003	Neue Wege in der Lehrerbildung LFA Wissenschaft, Hochschule und Innovation
S004	Mjeńšinu wiđzomnišu činić a towaršnostnje profitować - Minderheit sichtbarer machen und gesellschaftlich profitieren! Jungliberale Aktion Sachsen
S005	Lohnschein 2.0 umsetzen LFA Haushalt und Finanzen

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 3

Antrag L001

Betr.: "Für eine Politik in Sachsen, die rechnen kann"

Antragsteller: Landesvorstand

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **"Für eine Politik in Sachsen, die rechnen kann"**

3 **Ein Freistaat, der rechnen kann.**

4 Die Corona-Krise ist noch nicht richtig vorbei, ihre teuren Auswirkungen noch
5 nicht aufgefangen, da trifft mit dem durch den Überfall Russlands auf die
6 Ukraine ausgelösten Energiemangel und einer ungebremsten Inflation die
7 nächste Krise die sächsischen Bürger mit voller Wucht.

8 Die Inflation gefährdet den Wohlstand der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit
9 ihrer Wirtschaft. Doch gleichzeitig sind dadurch auch die Einnahmen des
10 öffentlichen Gesamthaushaltes im ersten Halbjahr um 11,9% gestiegen. Doch
11 statt die Bürger in dieser schweren Stunde zu entlasten und sich auf
12 Zukunftsinvestitionen zu konzentrieren, genehmigt sich die Staatsregierung
13 einen großen „Schluck aus der Pulle“. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist
14 da nur das i-Tüpfelchen der staatlichen Maßlosigkeit.

15 Während die Bundesregierung mit dem FDP-Finanzminister Christian Lindner
16 zielgerichtet die Steuerzahler entlastet, bläht die Staatsregierung den Haushalt
17 soweit auf, dass selbst der eigene Finanzminister Maßhalten anmahnt. Doch
18 seine Worte verhallen auf Kosten von uns Sachsen.

19 Mit dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2023/2024 verlässt die sächsische
20 Kenia-Koalition endgültig den bisherigen Weg der vernünftigen sächsischen
21 Finanzpolitik. Nicht Maß und Mitte, sondern Wahrung und Ausbau von
22 Besitzständen sowie schwarz-rot-grüne Begehrlichkeiten bestimmen den Entwurf
23 der Staatsregierung.

24 Herausgekommen ist ein aufgeblähter Haushalt – um sagenhafte 3,1 Milliarden
25 Euro steigt das Haushaltsvolumen bis 2024. Dabei werden mehr als 2.300 neue
26 Stellen in sächsischen Ministerien und Behörden geschaffen. All das geschieht
27 mit dem Geld, welches die sächsischen Unternehmen und Privathaushalte durch
28 Steuern und Abgaben, angeheizt durch die hohe Inflation, beisteuern. Von
29 Effizienz oder gar Produktivitätssteigerungen in der Verwaltung keine Spur.

30 Wir Freie Demokraten fordern die Sächsische Staatsregierung auf, zu einer
31 sparsamen Haushaltsführung zurückzukehren, ohne die Bürger und die
32 sächsische Wirtschaft über Gebühr zu belasten. Wir stehen für eine Politik, die
33 den Staat schlank und effizient hält. Wir stehen für eine Politik, die rechnen
34 kann.

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 4

35 Die Mitte entlasten

36 Wir stellen den Mittelstand wieder in den Mittelpunkt einer zukunftsfähigen
37 Haushalts- und Finanzpolitik. Unsere Leistungsträger - vom Arbeiter am
38 Fließband bis zur Unternehmerin eines Familienbetriebes - sind die Zugpferde
39 unserer sächsischen Gesellschaft. Ihren Leistungswillen, ihre Kreativität und
40 Innovationsfreude brauchen wir, um unseren Freistaat für zukünftige
41 Generationen weiterzuentwickeln.

42 Diesen Bürgern, die den Staat mit ihren Steuern und Abgaben stützen und
43 damit die Verwaltungen, Ordnungskräfte, Rettungsdienste und
44 Bildungseinrichtungen am Laufen halten, sind wir verpflichtet. Wir Freie
45 Demokraten wollen eine Politik, die den Bürger als Zugpferd begreift, welches
46 den Karren zieht. Wer die Sachsen als Kuh begreift, die man ununterbrochen
47 melken kann, um politische Geschenke zu finanzieren, der riskiert am Ende den
48 Wohlstand aller Sachsen.

49 Auch in der Krise wollen wir auf höhere Steuern und Abgaben verzichten und
50 die Belastungen für diese und künftige Generationen so gering wie möglich
51 halten. Statt in dieser Situation Steuern zu erhöhen, wie es die Staatsregierung
52 macht, sollten die Bürger finanziell entlastet werden.

53 Der Wohnraumangel treibt die Mieten und Häuserpreise. Neubauten werden
54 durch zahlreiche Überregulierungen verteuert oder erschwert. Markteingriffe wie
55 die Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen lösen die Probleme auf der
56 Angebotsseite nachweislich nicht, weil sie nicht die Ursachen bekämpfen, aber
57 potenzielle Investoren abschrecken und dringend benötigte Investitionen
58 verhindern.

59 Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau
60 verbessern. Bund, Land und Kommunen sind gleichermaßen gefordert,
61 Kostentreiber auf den Prüfstand zu stellen und Hemmnisse zu beseitigen. Mehr
62 und preiswerteres Bauen sind die richtigen Antworten auf die gestiegenen Miet-
63 und Häuserpreise. Die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf
64 5,5 Prozent in Sachsen, zusätzlich zu steigenden Zinsen, Handwerkerpreisen
65 und Baupreissteigerungen, lehnen wir ab. Darüber hinaus fordern wir einen
66 Freibetrag von 500.000 Euro für die Erstanschaffung von privatem
67 Wohneigentum.

68 Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine Grundsteuer nach dem
69 Vorbild von Niedersachsen oder Hessen ein. Die dortige Erhebung ist durch eine
70 einfache Erklärung bürgerfreundlich und wird in einem transparenteren und
71 unkomplizierten Modell berechnet.

72 Wir wollen die Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen und die derzeit
73 geltende Kann-Regelung aufheben. Mit dieser Regelung können Kommunen in
74 schwierigen Haushaltslagen dazu gezwungen werden, Beiträge gegen den
75 Willen des Stadt- oder Gemeinderates zu erheben. Dies wollen wir verhindern
76 und fordern daher die Abschaffung dieser veralteten Abgabe.

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 5

77 Die geplante Vervierfachung der Wasserentnahmeabgabe lehnen wir ebenso
78 ab. Eine solche Erhöhung würde von den Wasserversorgern auf die Bürger und
79 die sächsischen Unternehmen umgelegt werden müssen und sie damit
80 zusätzlich belasten. Mittelfristig setzen wir uns für die Abschaffung der
81 Wasserentnahmeabgabe ein.

82 Auch bei den Energiepreisen sind staatliche Steuern und Abgaben ein
83 erheblicher Kostentreiber. Gerade in der aktuellen Situation müssen die Bürger
84 hier schnell und nachhaltig entlastet werden. Wir setzen uns daher dafür ein,
85 die Energiesteuer auf das EU-rechtliche Mindestmaß zu senken. Auch die
86 Netzentgelte müssen neu geregelt werden, so dass Länder mit einem hohen
87 Anteil an erneuerbaren Energien nicht stärker als andere Regionen belastet
88 werden. Für Energiespeicher wie Pumpspeicherwerke setzen wir uns für einen
89 gesonderten Status ein, der ihrer Bedeutung in der Energieinfrastruktur gerecht
90 wird.

91 Auf der Ausgabenseite sind Investitionen und der sächsische Mittelstand zu
92 priorisieren. Die finanzielle Absicherung von Unternehmensnachfolgen und
93 ausreichendes Gründungskapital sind zentrale Voraussetzungen, um die breite
94 und innovative Unternehmensstruktur in Sachsen zu erhalten und
95 weiterzuentwickeln.

96 Für einen schlanken Staat

97 Wir Freie Demokraten drängen auf eine umfassende Aufgabenkritik der
98 sächsischen Verwaltung. Ausgaben, die von Jahr zu Jahr immer nur
99 anwachsen, wollen wir nicht akzeptieren. Der Staat muss sich auf seine
100 Kernaufgaben konzentrieren und vor einer Haushaltsdebatte kritisch analysieren,
101 wo Einsparpotenziale liegen und wie man sie heben kann.

102 Gerade mit Blick auf die angestrebte Digitalisierung der Verwaltung ist diese
103 Aufgabenkritik essenziell. Ein schlechter, unwirtschaftlicher, bürgerferner
104 Verwaltungsvorgang wird auch nach dessen Digitalisierung immer noch schlecht,
105 unwirtschaftlich und bürgerfern sein. Deshalb muss bei der Aufgabenkritik jeder
106 Prozess von Grund auf neu, bürgerfreundlich und digital gedacht werden.

107 Notwendige Einstellungsbedarfe bei Polizei, Schulen und Wissenschaft wollen
108 wir gleichzeitig durch einen effizienteren Personaleinsatz und demografische
109 Effekte in den Landesverwaltungen auffangen. Dafür müssen Doppelstrukturen in
110 Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen, die zur Verfestigung von
111 bürokratischen Prozessen führen, eliminiert werden. Doppelstrukturen sind
112 Verschwendung. Zudem muss die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen mit
113 dem Ziel nutzerfreundliche Abläufe zu schaffen schnellstens vorangetrieben
114 werden.

115 Damit einher gehend wollen wir den sächsischen Verwaltungsapparat
116 begrenzen. Mit jedem Haushalt werden in Sachsen mehr Stellen in den
117 Ministerien geschaffen, obwohl die demographische Entwicklung immer noch
118 rückläufig ist. Das passt nicht zu einem schlanken Staat, der sich auf seine

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 6

119 Kernaufgaben konzentriert. Wir Freien Demokraten fordern daher, dass im
120 aktuellen Haushalt keine neuen Verwaltungsstellen geschaffen werden.
121 Mittelfristig setzen wir uns für eine deutliche Senkung des Stellenplans ein.

122 Wir Freien Demokraten bekennen uns zur sächsischen, in der Verfassung
123 festgeschriebenen Schuldenbremse. Wir streben weiterhin die höchste
124 Investitionsquote aller Bundesländer und wehren uns gegen den Trend des
125 Absinkens der Investitionsquote in den vergangenen Jahren. Wir setzen uns
126 zudem für eine schnellstmögliche Rückzahlung der Corona-Schulden ein. Die
127 Staatsregierung muss die Not-Kredite innerhalb der in der Verfassung
128 vorgeschriebenen acht Jahre zurückzahlen.

129 **Die Kommunen stärken**

130 Die Kommunen haben die Aufgabe der Daseinsfürsorge für ihre Einwohner.
131 Dafür müssen sie in der Lage sein, ihre notwendigen sozialen,
132 bildungspolitischen und infrastrukturellen Einrichtungen zu erhalten und
133 weiterzuentwickeln. Der Investitionsstau ist vor Ort jetzt schon enorm.
134 Gleichzeitig steigen die laufenden Ausgaben für Unterhalt, Energie und Wartung.

135 Der Freistaat Sachsen und auch die Bundesregierung delegieren immer mehr
136 Aufgaben an die kommunale Ebene, ohne dabei auch die adäquaten,
137 finanziellen Mittel zur Aufgabenerfüllung bereitzustellen. Wir Freien Demokraten
138 fordern daher, dass weitere Aufgaben nur mit dem entsprechenden gesetzlich
139 festgelegten finanziellen Ausgleich übertragen werden.

140 Würde die Kita-Pauschale des Landes beispielsweise verstetigt, würden
141 Kommunen und Eltern gleichermaßen entlastet. Insgesamt müssen die
142 Zuwendungen an die kommunale Ebene zur Stärkung der kommunalen
143 Selbstverwaltung auf 35 Prozent steigen. Dies hat Ministerpräsident Michael
144 Kretschmer den Kommunen bei seinem Amtsantritt zugesagt. Zudem
145 unterstützen wir Freie Demokraten den Landkreis Görlitz bei seiner Klage vor
146 dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof gegen das Finanzausgleichsgesetz.

147 Das erste Kabinett Kretschmer hat 2017 versprochen, jährlich 21 Millionen Euro
148 für den Brandschutz aus dem staatlichen Haushalt einzusetzen. Doch im
149 aktuellen Entwurf sind diese Mittel auf ein Fünftel gekürzt. Angesichts des
150 hohen Bedarfes beim Brandschutz, der nicht zuletzt durch die Waldbrände des
151 Sommers deutlich geworden ist, fordern wir Freie Demokraten die Aufstockung
152 dieser Mittel auf die zugesagte Summe.

153 Wir befürworten eine entfristete Pauschalierung von kommunalen
154 Straßenbaumitteln. Diese sollte jedoch direkt an die Straßenbulasträger
155 ausgezahlt werden und nicht über die Landkreise. Dadurch vereinfachen sich
156 Entscheidungsprozesse und es gibt den Kommunen und Bauunternehmen
157 Planungssicherheit. Daneben fordern wir eine Kompensation der
158 abzuschaffenden Straßenausbaubeiträge.

159 Wir Freie Demokraten fordern zudem die Aufstockung der Mittel für
160 Schulhausbau und Kitas. Die im Entwurf enthaltenen geringen Mittelsteigerungen

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 7

161 sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und werden dem Sanierungs- und
162 Neubaubedarf in Sachsen nicht gerecht.

163 Im Zuge der Föderalismusreform 2006 liegt der ÖPNV in alleiniger
164 Verantwortung der Bundesländer. Doch trotz dessen der Bund die Mittel dafür
165 stetig erhöht, bleibt die ÖPNV-Förderung des Freistaates gleich. In Summe zieht
166 sich Sachsen damit immer mehr aus der ÖPNV-Finanzierung zurück und die
167 Kommunen bleiben auf den steigenden Betriebs- und Personalkosten sitzen. Wir
168 fordern daher eine stärkere Beteiligung der Landesebene an den Kosten des
169 ÖPNV, mindestens in Höhe der jeweiligen Erhöhung der Bundesmittel.

170 Bei Initiativen wie dem 9-Euro-Ticket oder auch dem sogenannten Klimaticket
171 muss eine ausreichende Finanzierung auch der Einführungs- und Nebenkosten
172 sichergestellt sein. Damit muss verhindert werden, dass die kommunalen Träger
173 auf den Kosten, die durch die Umstellung der Systeme anfallen, sitzen bleiben.

174 Wir Freie Demokraten setzen uns für auskömmliche Investitionsmittel für die
175 sächsischen Krankenhäuser ein. Diese Pflichtaufgabe der Länder erfüllt der
176 Freistaat nur unzureichend. Sachsen muss die dafür eingesetzten Mittel von
177 derzeit weniger als drei Prozent auf etwa Prozent der Umsatzerlöse der
178 sächsischen Krankenhäuser erhöhen. Dies entspricht den Ergebnissen der
179 jährlichen neutralen Kalkulation durch das InEK Institut.

180 Der Spielraum in den kommunalen Haushalten für Anliegen neben den
181 Pflichtaufgaben wird immer kleiner, so dass die Kommunen wie Bittsteller oft auf
182 Fördertöpfe dafür hoffen müssen. Wir Freie Demokraten wollen jedoch Städte
183 und Gemeinden, die so viel wie möglich selbst entscheiden und verantworten
184 können. Wir setzen uns dafür ein, die allgemeine Finanzkraft der Kommunen
185 weiter zu stärken und sie damit zu befähigen, eigene Projekte aus eigener Kraft
186 zu stemmen. So machen wir uns für mehr Pauschalzuweisungen statt einzelner
187 Förderprogramme stark und wollen Kommunen bei der Tilgung von Schulden
188 und Krediten unterstützen. In der Energiekrise können wir uns eine temporäre
189 Aussetzung vorstellen.

190 **Förderstruktur wieder auf die Füße stellen**

191 Fördermaßnahmen erfassen inzwischen fast alle Lebensbereiche der
192 sächsischen Bürger. Mit jedem Koalitionsvertrag kommen neue
193 Liebhaberprojektförderungen der einzelnen Regierungspartner hinzu. Der letzte
194 Koalitionsvertrag der CDU/SPD/Grüne-Regierung enthält beispielsweise an mehr
195 als 40 Stellen Aussagen zu notwendigen und neuen Fördermaßnahmen.

196 CDU, SPD und Grüne sehen in ihrem Staatsverständnis den Freistaat als
197 Vollversorger und degradieren die Bürger so zu abhängigen
198 Leistungsempfängern. „Rechtfertigen muss sich häufig nicht mehr die Förderung,
199 sondern der Verzicht auf die Förderung“, stellt die Förderkommission II für die
200 Staatsregierung fest.

201 Wir wollen einen besseren Ansatz verfolgen. Fördermittel müssen gezielt
202 eingesetzt werden, wenn sie ihre Wirkung richtig entfalten sollen. Daher fordern

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 8

203 wir Freie Demokraten die Entwicklung einer ressortübergreifenden
204 Förderstrategie für Sachsen. Wir wollen die Förderstruktur vereinfachen und
205 klarer strukturieren. Förderanträge müssen so gestaltet sein, dass sie ohne
206 Vorkenntnisse rechtssicher gestellt werden können und nicht schon durch die
207 Förderbedingungen potentielle Antragsteller abschrecken.

208 Dazu wollen wir in den Förderprogrammen unnötige bürokratische Vorgaben
209 abbauen und Prüfpflichten so weit wie möglich reduzieren. Wir Freie Demokraten
210 wollen das Förderangebot auf Effizienz trimmen und Klein- und
211 Kleinstförderungen begrenzen. Modellprojekte sollen in einem klar abgesteckten
212 Rahmen erfolgen, welches den Mitteleinsatz begrenzt und auf das Förderziel
213 fokussiert.

214 Wir wollen die Qualität der Förderkonzepte durch einheitliche Standards
215 erhöhen. Förderung darf es nur mit einem tragfähigen Förderkonzept geben.
216 Konkurrierende oder sich ergänzende Förderprogramme machen die
217 Beantragung schwer und kompliziert. Wir wollen daher die Förderprogramme
218 konzentrieren und thematisch konsolidieren.

219 Wir setzen uns zudem für eine Reduzierung der Förderrichtlinien ein. Etwa 200
220 Förderprogramme sind zu viel. Hier wollen wir den Förderdschungel deutlich
221 lichten und die Programme auf die wichtigsten reduzieren. Grundlage für die
222 Reduzierung muss jedoch eine gemeinsame, ressortübergreifende
223 Förderstrategie Sachsen sein.

224 Bei öffentlichen Vergaben wollen wir mit einem Innovationsbudget neue
225 Ansätze fördern sowie Startups und besonders kreativen Unternehmen einen
226 Einstieg in Aufträge der öffentlichen Hand ermöglichen.

227 **Digitalisierungsbooster für die Verwaltung**

228 Die konsequente Digitalisierung der Verwaltung fördert die Bürgernähe durch
229 schnellen und direkten Service, bietet hohe Einsparpotenziale und kann zudem
230 ein entscheidender Faktor für die Bekämpfung des Fachkräftemangels sein.
231 Denn dieser macht auch nicht vor den Amtsstuben halt. Für viele Verwaltungen
232 wird es immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Umso wichtiger ist
233 es, die Mitarbeiter für die schwierige Verwaltungsarbeit freizuhalten und
234 Routineabläufe weitgehend zu automatisieren.

235 Wir setzen uns daher für eine umfassende Aufgabenprüfung vor jeder
236 Digitalisierungsinitiative ein. Prozesse müssen neu gedacht werden und vor
237 allem durch die Augen der Bürger auf Anwenderfreundlichkeit geprüft werden.

238 Offene Standards sollten Insellösungen vorgezogen werden. Dabei müssen der
239 Freistaat und die untergeordneten Verwaltungen sich eng mit dem Bundesamt
240 für Sicherheit in der Informationstechnik abstimmen, um den sicheren
241 Datenaustausch zu gewährleisten und Cyberangriffe auf die Daten der Bürger
242 zu verhindern.

243 **Die Krise als Chance nutzen**

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 9

244 Anders als die Bürger befindet sich der Freistaat in einer relativ komfortablen
245 Situation. Bezogen auf seine nominellen Einnahmen ist er gut aufgestellt und
246 kann sich eine umfassende Neuausrichtung leisten. Sachsen muss jetzt
247 Verantwortung für die eigene Zukunft übernehmen.

248 Wir wollen wir keinen Staat, der sich auf Kosten seiner Bürger überdehnt. Wir
249 wollen einen Staat, der auf seine Kernaufgaben passgenau zugeschnitten ist
250 und stetig steigende Mehreinnahmen in geeigneter Weise wieder zurück an
251 seine Bürger gibt. Sachsen hat jetzt die Chance, den richtigen Weg zu gehen
252 und die Weichen für die nächsten zehn Jahre zu stellen.

253 Gerade in der aktuellen Krise fordern wir Freie Demokraten daher die
254 Staatsregierung auf, die eigenen Strukturen anzupassen, Standards auf die
255 dauerhaft finanzierbaren Möglichkeiten abzusenken und Bürokratie abzubauen.
256 Wir fordern eine Politik, die rechnen kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 10

Antrag S001

Betr.: Fairness und Repräsentativität sicherstellen – d'Hondt Verfahren ersetzen

Antragsteller: Jungliberale Aktion Sachsen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Fairness und Repräsentativität sicherstellen –**
3 **d'Hondt Verfahren ersetzen**

4 Durch die Nutzung des d'Hondt-Verfahren zur Ermittlung der Sitzverteilung im
5 sächsischen Landtag entsteht ein illegitimer Vorteil für größere Parteien. Zur
6 Wahrung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl und zur Verwirklichung des
7 Wählerwillens aller Bürger fordern die Freien Demokraten Sachsen:

8 1. Die Staatsregierung des Freistaates Sachsen – insbesondere der
9 Staatsminister des Innern Herr Armin Schuster – auf, zu prüfen, inwieweit das
10 d'Hondt-Verfahren in der Vergangenheit zu verzerrter Darstellung des
11 Zweitstimmenergebnisses im sächsischen Landtag geführt hat und inwiefern
12 andere Verfahren zur Ermittlung der Sitzverteilung (insbes.
13 Hare/Niemeyer-Verfahren und Sainte-Laguë-Verfahren) ähnliche oder andere
14 Nachteile aufweisen.

15 2. Die Staatsregierung des Freistaates Sachsen auf, dem sächsischen Landtag
16 einen Gesetzentwurf zur Änderung des sächsischen Wahlgesetzes vorzulegen,
17 der das d'Hondt-Verfahren durch das Hare/Niemeyer-Verfahren oder durch das
18 Sainte-Laguë-Verfahren ersetzt. Der zeitliche Rahmen für dieses Vorhaben ist so
19 zu wählen, dass das neue Verfahren zur Ermittlung der Verteilung der Mandate
20 bereits zur nächsten Wahl des Landtages des Freistaates Sachsen – im Jahr
21 2024 – zum Einsatz kommen kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 11

Antrag S002

Betr.: Elektronische Zahlung flächendeckend verpflichtend einführen

Antragsteller: LFA Haushalt und Finanzen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Elektronische Zahlung flächendeckend** 3 **verpflichtend einführen**

4 Die FDP Sachsen fordert eine gesetzliche Pflicht zur Akzeptanz von
5 Kartenzahlungen im Einzelhandel und Dienstleistungsbereich. Es ist im Jahr
6 2022 völlig unverständlich, dass zahlreiche Betriebe des Einzelhandels und
7 Dienstleistungsbereichs bis zum heutigen Tag nur Bargeldzahlungen akzeptieren.

8 In den meisten Ländern der EU, aber auch z.B. die Türkei ist es dagegen
9 problemlos möglich, auch in Kiosken und Imbissen sogar Kleinstbeträge
10 bargeldlos zu bezahlen.

11 Die Kartenzahlung ist kundenfreundlicher, da immer mehr Menschen
12 elektronisch mit Giro-, Kreditkarte oder dem Smartphone zahlen möchten. Es
13 verringert zudem für beide Seiten den Aufwand des Bargeldverkehrs, ist sicherer
14 und schneller. Außerdem stellt es eine Vermeidung von un versteuerten
15 Einnahmen dar.

16 Die FDP Sachsen fordert daher eine Kartenzahlungsannahmepflicht für
17 Unternehmen im Einzelhandel und Dienstleistungsbereich. [Diese soll
18 ausschließlich für Betriebe gelten welche, in Ladengeschäften oder auf Märkten
19 direkt mit Privatkunden arbeiten. Beispiele hierfür sind: Imbisse, Bäcker,
20 Fleischer, Obsthändler, Friseure, Beautysalons, Physiotherapiepraxen,
21 Blumenläden, Gastronomiebetriebe.] Um unverhältnismäßigen Aufwand für
22 Kleinunternehmer und Neugründer zu vermeiden, soll sie nicht für
23 umsatzsteuerliche Kleinunternehmer nach §19 UStG (Umsatzschwelle aktuell
24 22.000€ p.a.), sowie im B2B Bereich gelten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag S003

Betr.: Neue Wege in der Lehrerausbildung

Antragsteller: LFA Wissenschaft, Hochschule und Innovation

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Neue Wege in der Lehrerausbildung**

3 Der Lehrermangel stellt trotz vielfältiger Bemühungen in den vergangenen
4 Jahren nach wie vor ein großes Problem in Sachsen dar. Eine bedarfsgerechte
5 Lehrerversorgung für den gesamten Freistaat bleibt die größte Herausforderung.
6 Um perspektivisch ausreichend qualifizierten Nachwuchs für das sächsische
7 Bildungssystem einstellen zu können, sind neue Wege in der Lehrerausbildung
8 dringend notwendig. Dazu gehört, dass nicht nur grundlegend mehr, sondern
9 auch verstärkt am Bedarf der konkreten Schularten und Fächer ausgebildet wird.
10 Dafür ist es unerlässlich, die Studienabbruchquoten zu verringern und den
11 Zugang zum Lehramt zu erleichtern.

12 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass:

13 • die grundständige Lehrerausbildung für alle Schularten an den drei
14 sächsischen Universitätsstandorten Leipzig, Dresden und Chemnitz gestärkt wird;

15 • zusätzliche Ausbildungskapazitäten durch die Einrichtung von universitären
16 Außenstellen an den Hochschulstandorten in Mittel-, Ost- und Westsachsen –
17 analog der bereits bestehenden Kooperation zwischen der Universität Leipzig
18 und der HAW Zwickau – geschaffen werden, um insbesondere sächsische
19 Lehramtsstudenten möglichst heimatnah sowie gezielt in den Bedarfsregionen
20 auszubilden;

21 • die bestehenden Seiteneinstiegsprogramme für den Lehrerberuf standardisiert
22 und weiter professionalisiert werden, damit interessierte Hochschulabsolventen
23 je nach fachlicher und pädagogischer Qualifikation in unterschiedlichen
24 Zeiträumen die Befähigung zum Lehramt erhalten können;

25 • die akademischen Ausbildungsinhalte im Lehramtsstudium gestrafft und
26 vermehrt anwendungsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden,
27 die für den späteren Unterrichtsalltag besonders relevant sind;

28 • die Praxisnähe des Lehramtsstudiums durch die Einführung eines
29 Praxissemesters sowie verpflichtende Praktika in den Bedarfsschularten gestärkt
30 wird;

31 • die Abbruchquoten im Lehramtsstudium durch stärkere Praxisnähe und den
32 vermehrten Einsatz von Studienberatern, Tutoren und Mentoren gesenkt werden;

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 13

- 33 • die Anreize für Lehramtsstudenten, später in den Bedarfsregionen und
34 -fächern unterrichten, durch den Aufbau von Schulpartnerschaften sowie die
35 Einführung von besonderen Stipendien- und Patenschaftsprogrammen – nach
36 Vorbild des Sächsischen Hausarztstipendiums oder des
37 FundaMINT-Lehramtsstipendiums der Telekom-Stiftung – zu erhöhen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag S004

Betr.: Mjeńšinu widžomnišu činić a towaršnostnje profitować - Minderheit sichtbarer machen und gesellschaftlich profitieren!

Antragsteller: Jungliberale Aktion Sachsen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Mjeńšinu widžomnišu činić a towaršnostnje**
3 **profitować - Minderheit sichtbarer machen und**
4 **gesellschaftlich profitieren!**

5 Die Kultur und Sprache der Sorben sind ein einzigartiger Teil der Identität der
6 Lausitz, sowie dadurch ein bedeutender touristischer und wirtschaftlicher
7 Standortfaktor für die Region. Die Freien Demokraten Sachsen setzen sich
8 entschieden für die Stärkung von Minderheiten in unserer Gesellschaft, und
9 damit auch der sorbischen Kultur, ein. Minderheiten sind ein Potenzial für die
10 Region und die Gesellschaft. Dieses Potenzial sollten wir aus Respekt vor den
11 Sorben weiter heben und den sich daraus ergebenden Nutzen für die gesamte
12 Gesellschaft und die Region befördern.

13 Die Freien Demokraten Sachsen fordern daher, dass ein Handlungspaket mit
14 den folgenden Maßnahmen in die Wege gerufen wird:

15 1. Die sorbische Kultur soll vermehrt in die Stadtzentren der Lausitz geholt
16 werden, bspw. nach dem Vorbild der „Spreewälder Sagennacht“. Dies soll in
17 Form von Veranstaltungen mit Unterstützung der Stadt geschehen. Daraus
18 können feste sorbische Heimatfeste mit Festivalcharakter entwickelt werden, die
19 an öffentlichen Orten für jedermann greif- und erlebbar sind.

20 2. Die finanzielle Förderung sorbischer Vereine ist sicherzustellen.

21 3. Es soll eine Außenstelle des Studiengangs für Sorabistik der Universität
22 Leipzig in der Lausitz angesiedelt werden.

23 4. Die Bezüge zu den Sorben und unseren slawischen Nachbarvölkern sind
24 intensiver und umfangreicher in den Lehrplan des Faches Geschichte in
25 Sachsen einzuflechten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

55. Landesparteitag FDP Sachsen

Seite 15

Antrag S005

Betr.: Lohnschein 2.0 umsetzen

Antragsteller: LFA Haushalt und Finanzen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen: **Lohnschein 2.0**
- 2 **umsetzen**

- 3 Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür
- 4 einzusetzen, dass zukünftig auf allen Lohnscheinen der wirkliche Bruttolohn
- 5 aufgeführt wird. Neben den bisherigen Angaben sollen daher auch die
- 6 Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Unfallversicherungsbeiträge an die
- 7 Berufsgenossenschaft, Umlage U1 (Lohnfortzahlung Krankheitsfall), U2
- 8 (Mutterschutz), U3 (Lohnfortzahlung Insolvenzfall) aufgeführt werden.

Begründung:

Hat beispielsweise ein Arbeitnehmer mit 2.020€ Nettolohn heute einen ausgewiesenen Bruttolohn von ca. 3.000€, beträgt dieser in Wahrheit jedoch ca. 3.700€. So sollte er auch zukünftig auf der Lohnabrechnung stehen. Jeder Arbeitnehmer kann so sehen, welchen Wert er erwirtschaftet und was er den Arbeitgeber kostet. Zudem ist dadurch die tatsächliche Steuer- und Abgabenlast besser erkennbar.